

FDP Bremen – Faulenstr. 38 – 28195 Bremen

Bernhard Stecker
Schulstiftung St. Willehad

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023 Schulstiftung St. Willehad

Sehr geehrter Herr Stecker,

Bremen, 25. April 2023

Marcel Schröder
Kreisvorsitzender FDP
Bremen Mitte/West
Kandidat für die Bremische
Bürgerschaft (Listenplatz 2)
Vorsitzender LFA Innen &
Recht

m.schroeder@fdp-bremen.de
www.marcel Schroeder.com

T: 0173 6459682

vielen Dank für Ihre Fragen, die wir nachfolgend gerne beantworten. Wir haben am 25. Februar 2023 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen. Geben Sie uns gerne Feedback, wenn Ihnen noch etwas fehlt.

1. Welche Bedeutung messen Sie grundsätzlich den SiFT bei?

Die SiFT stellen eine wesentliche Säule unseres Bildungssystems dar. Sie sind ausdrücklich als Stütze einer demokratischen Gesellschaft im Grundgesetz vorgesehen. Von ihnen gehen oft pädagogische Innovationen aus, sie garantieren intellektuelle Vielfalt und ermöglichen die Chance auf individualisierte Lebensstartchancen. Unverzichtbar in einer liberalen Welt.

2. Durch welche Maßnahmen wollen Sie das Wirken der SiFT innerhalb der Bildungslandschaft des Landes Bremen für die Zukunft absichern und ihnen weiteren Entwicklungsspielraum eröffnen?

In dieser Legislatur hat die Fraktion der FDP in der Bremischen Bürgerschaft mehrfach gezeigt, dass sie fest an der Seite der SiFT steht. In einer Großen Anfrage haben wir die Situation der Schulen herausgearbeitet, mit einem Antrag die auskömmliche Finanzierung gefordert. Die feste Zuordnung zu staatlichen weiterführenden Schulen der Grundschulen in FT ist wichtig, um den Familien den Systemwechsel zu erleichtern. Partizipation an staatlichen Fortbildungen für die Lehrenden sowie an technischen Supports sind außerdem vorstellbar.

3. SiFT sind im Vergleich zu öffentlichen Schulen unterfinanziert. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung im Privatschulgesetz ein, damit die gesamten Personalkosten - vergleichbar zu einer öffentlichen Schule - refinanziert werden?

Ja. Das tut sie. Einen entsprechenden Punkt sieht das Wahlprogramm vor.

4. Mit wieviel Prozent beabsichtigen Sie zukünftig, die Personalkosten einer SiFT zu refinanzieren?

Wir gehen in allen Kalkulationen davon aus, dass die Ausgaben pro Kind an staatlichen Schulen und SiFT äquivalent sein sollten.

5. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung im Privatschulgesetz ein, damit SiFT eine finanzielle Unterstützung für anstehenden Betriebs- und Investitionskosten - vergleichbar zu einer öffentlichen Schule – erhalten?

Ja, das tut sie.

6. Mit wieviel Prozent beabsichtigen Sie zukünftig, die Betriebs- und Investitionskosten einer SiFT zu refinanzieren?

Keine Angabe.

7. Vor dem Hintergrund zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung stehen die Grundschulen in freier Trägerschaft vor größeren Investitionen und höheren Personalkosten. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass sich das Land an diesen Kosten beteiligt?

Ja, das tun wir. Der verpflichtende Ganztagschulausbau ist eine enorme Herausforderung. Die Finanzierungssystematik muss auf ein polyfunktionales Team angepasst werden.

8. SiFT verstehen sich als inklusive Schulen und leisten ihren Beitrag in der Flüchtlingsfrage. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, damit SiFT zukünftig finanziell unterstützt werden, wenn zusätzlich Sonderpädagog:innen, Lehrkräfte oder Sozialpädagog:innen eingestellt werden müssen?

Ja, das tut sie. Zur Finanzierungssystematik s. Frage 7

9. Für Lehrkräfte von öffentlichen Schulen ist aktuell keine Beurlaubung unter Fortzahlung der Bezüge an eine SifT möglich, um z.B. Funktionsstellen zu besetzen. Setzt sich Ihre Partei für eine gesetzliche Änderung ein?

Ja. Es braucht mehr Transparenz und Durchlässigkeit zwischen den Systemen. So kann von Erfahrungen gegenseitig partizipiert werden.

10. Setzt sich Ihre Partei für eine Änderung in der Aufnahme-Verordnung für Oberschüler:innen (§ 10 Abs. 4 Satz 1 AufnVO) ein, so dass Grundschulen in freier Trägerschaft auch einer staatlichen Oberschule zugeordnet werden?

Ja. Das sieht unser Programm vor.